

**Bundesministerium für Familie,  
Jugend und Konsumentenschutz**  
Sektion III

A-1015 Wien, Schuberting 14  
Postfach 10  
Telefon 53 25 04-6  
Durchwahl 14

Sachbearbeiter:  
Dr. Fornleitner

36 1400/12-III/6/84

An das  
Präsidium des  
Nationalrats

Parlament  
1010 W i e n

GESETZENTWURF  
48 -GE/19-84  
Datum: 8. OKT. 1984  
Verteilt 1984 -10- 10 Franer  
H. Hajek

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das  
Betriebshilfegesetz BGBl. Nr. 359/1982 (Novelle  
zum Betriebshilfegesetz - BHG) geändert wird.

Bezug: 20.752/1-1b/1984

Das Bundesministerium für Familie, Jugend und Konsu-  
mentenschutz übermittelt 25 Ausfertigungen seiner  
Stellungnahme zu dem oben bezeichneten Gesetzesentwurf.

5.10.1984

Der Leiter der Sektion III

MR Dr. ENT

25 Beilagen

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

**Bundesministerium für Familie,  
Jugend und Konsumentenschutz**  
Sektion III

A-1015 Wien, Schuberttring 14  
Postfach 10  
Telefon 53 25 04-6  
Durchwahl 14

36 1400/12-III/6/84

Sachbearbeiter:

Dr. Fornleitner

An das  
Bundesministerium für  
soziale Verwaltung

Stubenring 1  
1010 W i e n

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Betriebs-  
hilfegesetz BGBl Nr. 359/1982 (Novelle zum Be-  
triebshilfegesetz - BHG) geändert wird.

Bezug: 20.752/1-1b/1984

Mit Beziehung auf Ihr Schreiben vom 9.8.1984 äußert sich  
das Bundesministerium für Familie, Jugend und Konsumenten-  
schutz zu dem bezeichneten Gesetzesentwurf in folgender  
Weise:

I Allgemeines:

Das Betriebshilfegesetz 1982 hat für selbstständige erwerbstätige  
Mütter in der Land- und Forstwirtschaft sowie in der geserb-  
lichen Wirtschaft durch die Finanzierung einer Betriebshilfe  
die Möglichkeit gebracht, sich während der Schutzfrist weit-  
gehend von der Betriebsarbeit zurückzuziehen und dadurch  
das Ziel verfolgt, einen aktiv vorbeugenden Beitrag zur  
Gesundheits- und Familienpolitik zu leisten.

Der vorliegende Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das  
Betriebshilfegesetz ohne Fristsetzung verlängert werden  
soll, enthält Änderungsvorschläge, die von der Absicht ge-

- 2 -

tragen sind, der gesundheits- und familienpolitischen Zielsetzung des Betriebshilfegesetzes 1982 besser zum Durchbruch zu verhelfen.

Das Bundesministerium für Familie, Jugend und Konsumentenschutz begrüßt, vom familienpolitischen Standpunkt her, diese Reformvorschläge nicht zuletzt deshalb, weil die während der zweieinhalbjährigen Geltungsdauer des Betriebshilfegesetzes 1982 im Zusammenwirken mit dem Bundesministerium für soziale Verwaltung gesetzten Bemühungen um eine zielentsprechende und gesetzeskonforme Vollziehung nicht immer den gewünschten Erfolg gebracht haben.

## II Im besonderen:

### 1. Zu Artikel I Z. 2 lit b (§ 3 Abs 4 Z. 2 BHG)

Nach Ansicht des Bundesministeriums für Familie, Jugend und Konsumentenschutz ist es mit dem gesundheitspolitischen Ziel des Betriebshilfegesetzes unvereinbar, auf eine von vornherein klar abgrenzbare Gruppe von Frauen - nämlich jene, deren Gewerbeberechtigung an die persönliche Ausübung gebunden (z.B. Fremdenführerin) und daher der Einsatz einer Ersatzarbeitskraft (Vertretung) gewerberechtlich unmöglich ist - das Prinzip des Mutterschutzes nicht anzuwenden und dennoch die Leistung zu erbringen.

Das Bundesministerium für Familie, Jugend und Konsumentenschutz schlägt daher vor, in diesen Fällen nur dann zu leisten, wenn für die Dauer der Schutzfrist Gewähr dafür besteht, daß keine Berufsausübung erfolgt. Es müssen allerdings Vorkehrungen getroffen werden, daß in dieser Zeit sehr wohl ein Krankenversicherungsschutz für Frau und Kind besteht.

- 3 -

§ 3 Abs 4 sollte daher lauten:

" (4) Die Voraussetzung des Abs 3 entfällt, wenn

1. in Folge der örtlichen Lage des Betriebes eine betriebsfremde Hilfe oder Nachbarschaftshilfe nicht herangezogen werden kann oder
2. die Art der der Wöchnerin zustehenden Berechtigung zur Ausübung der die Pflichtversicherung begründenden selbständigen Erwerbstätigkeit die persönliche Ausübung der selbständigen Erwerbstätigkeit erfordert. In diesen Fällen erfolgt die Leistung nur unter der Voraussetzung des Ruhens der Gewerbeberechtigung."

\*  
\*  
\*  
\*  
\*  
\*  
\*  
\*

Zu ändern wären auch die entsprechenden Regelungen des GSVG und der Gewerbeordnung.

2. Zu Art 1 Z 2 lit c (§ 3 Abs 5 BHG) - Auszahlungsmodus:

Dieser Passus regelt den Auszahlungsmodus. Er sieht vor, daß unter Vorlage der Arbeitsbescheinigung der Hilfskraft die Leistung monatlich in nachhinein zu erbringen ist.

Das Bundesministerium für Familie, Jugend und Konsumentenschutz begrüßt diese Abänderung, weil durch die kontinuierliche Bereitstellung der Finanzierungshilfe das Problem der langen Zwischenfinanzierung gelöst scheint und somit die Barriere für den Einsatz der Hilfskraft fällt.

Im Entwurf fehlt jedoch eine Auszahlungsregelung für jene Fälle, die nicht in der Lage sind, eine Hilfskraft einzusetzen. Das Bundesministerium für Familie, Jugend und Konsumentenschutz schlägt daher für diese Fälle vor, die Leistung - wie bisher - am Ende der Schutzfrist im

- 4 -

nachhinein zu erbringen. Dies scheint deshalb vertretbar, weil es hier kein Erfordernis der Zwischenfinanzierung gibt.

§ 3 Abs 5 sollte daher lauten:

- "(5) Das tägliche Wochengeld nach Abs 3 beträgt S 250,- und ist
- \* 1. in den Fällen des Abs 3 monatlich
  - \* im nachhinein, jeweils nach Vorlage
  - \* eines Nachweises im Sinne des Abs 3,
  - \* auszuzahlen;
  - \* 2. in den Fällen des Abs 4 ist die
  - \* Leistung in einem im nachhinein
  - \* auszuzahlen."

3. Zu Art. I Z 2 lit d und e (§ 3 Abs 6 u. 8 BHG) - Meldung, Bereitstellung einer Hilfe und Antrag auf Feststellung der Anspruchsberechtigung:

Die zwingend angeordnete Meldung des Versicherungsfalles innerhalb der ersten zwei Wochen der Schutzfrist hat den Zweck, den Versicherungsträger in die Lage zu versetzen, Betriebshilfen, wenn schon nicht selbst bereitzustellen, so in Zusammenarbeit mit einschlägigen Servicestellen, verfügbar zu machen (§ 3 Abs 2 BHG).

Vom Standpunkt des Bundesministeriums für Familie, Jugend und Konsumentenschutz scheint diese Frist - die sich bereits im Stammgesetz befindet - zu kurz bemessen und die bisher von der SVA-Bauern geübte Praxis, auf diese Meldung von vornherein zu verzichten, war dem Bundesministerium für Familie, Jugend und Konsumentenschutz nie verständlich. Durch diesen Verzicht begibt sich der Träger eines, für die Vollziehung des Gesetzes im Sinne einer aktiven Gesundheits- und Familienpolitik, wichtigen Instrumentes.

- 5 -

Um den Versicherungsträgern - insbesondere der SVA-Bauern - die Möglichkeit zu verstärkten Bemühungen in der Gewährung der Sachleistung zu geben, müßte nach Ansicht des Bundesministeriums für Familie, Jugend und Konsumentenschutz - die Meldung - in Analogie zu den Bestimmungen des MSchG und damit zur Situation der unselbständig Erwerbstätigen - bereits 4 Wochen vor Beginn der Schutzfrist erfolgen und

- mit einer Äußerung verbunden werden, ob die Anspruchswerberin eine geeignete Hilfe beschaffen kann.

Mit dieser Meldung sollte der Antrag auf Feststellung der Anspruchsberechtigung - insbesondere vom Standpunkt der Frauen aus land- und forstwirtschaftlichen Nebenerwerbsbetrieben aber auch jener aus Vollerwerbsbetrieben mit gemeinsamer Betriebsführung - zwingend verbunden werden.

Überdies scheint es - von dem in den Erläuterungen zu dieser Bestimmung genannten Ziel (Seite 5 des Entwurfes) ausgehend - zweckmäßig, in die Bestimmung noch eine Frist aufzunehmen, innerhalb der, ab der Antragstellung, vom Versicherungsträger zu entscheiden ist.

§ 3 Abs 6 sollte daher lauten:

- \* " (6) 1. Der bevorstehende Eintritt des Versicherungsfalles (§ 80 Abs 1 Z 2 Gewerblichen Sozialversicherungsgesetzes bzw. § 76 Abs 1 Z 2 des Bauern- Sozialversicherungsgesetzes)
- \* ist 4 Wochen
- \* vor Eintritt desselben dem Versicherungsträger unter Anschluß eines ärztlichen Zeugnisses über den Zeitpunkt der voraussichtlichen Entbindung zu melden.

- 6 -

\* Der Versicherungsträger hat nach Maß-  
\* gabe des Abs 2 die Beistellung einer  
\* geeigneten Hilfe zu veranlassen, sofern  
\* die Wöchnerin nicht in der Lage ist,  
\* sich selbst eine betriebsfremde Hilfe  
\* zu beschaffen.

\* 2. Leistungswerberinnen nach  
\* § 1 Abs 2 haben die Meldung nach Z 1  
\* mit einem Antrag auf bescheidmäßige  
\* Feststellung zu verbinden, ob sie  
\* dem Kreis der Anspruchsberechtigten  
\* im Sinn des § 1 Abs 2 angehören. Der  
\* Versicherungsträger hat über diesen  
\* Antrag binnen 4 Wochen ab Antrag-  
\* stellung zu entscheiden."

§ 3 Abs 8 entfällt.

25 Ausfertigungen der Stellungnahme werden dem Präsidium  
des Nationalrates übermittelt.

5.10.1984

Der Leiter der Sektion III

MR Dr. ENT

### 3 Beilagen

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

